

# NIEDERSCHRIFT GuK/0014/2019

über die Sitzung des **Ausschusses für Generationen und Kultur** am 05.03.2019  
im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Sarah Bosse

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers  
Herr Marco Lennertz bis zu TOP 4. ö. S.  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Frau Margarete Köhler  
Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Herr Stefan Holtkamp  
Frau Irmgard Ueding  
Frau Petra Beil  
Frau Bernadette Branse  
Frau Dagmar Caluori

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks  
Herr Hubertus Messing  
Frau Sandra Niemann  
Herr Martin Struffert  
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Frau Bosse stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

#### 1. **Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl** **hier: Zwischenbericht**

Frau Bosse erklärt sich für befähigt und begibt sich in den Zuschauer-  
raum. Den Sitzungsvorsitz übernimmt zu diesem Tagesordnungspunkt  
die stellv. Vorsitzende Frau Köhler.

Frau Dr. Boland-Theißen berichtet über die wirtschaftliche Entwicklung der Musikschule (siehe **Anlage 1** zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Sie betont, dass man es insgesamt geschafft habe, die Kosten im Blick zu halten und gleichzeitig ein gutes pädagogisches Angebot anbieten zu können.

Frau Beil stellt fest, dass es Ziel sein müsse, dass die Musikschullehrer/Musikschullehrerinnen so bezahlt werden, dass sie davon auch ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dem Bericht von Frau Dr. Boland-Theißen entnehme sie, dass man sich um eine gute finanzielle Basis der Musikschule bemühe.

Frau Dr. Boland-Theißen bestätigt, dass es Ziel sei, so viele hauptamtlich Tätige wie möglich zu beschäftigen, das müsse aber auch finanzierbar sein.

Aus den heutigen Ausführungen von Frau Dr. Boland-Theißen könne man schließen, dass an der Musikschule alles in Ordnung ist, so Frau Mollenhauer. Wenn sie dagegen den Presseartikel vom 28.02.2019 lese, sei das aber nicht der Fall. Sie wundere sich, dass Frau Dr. Boland-Theißen hierauf nicht eingegangen sei.

Wenn man aus dem Artikel alles herausstreichen würde, was auf Gerüchten basiere oder aus gut unterrichteten Kreisen zitiert werde, dann blieben die Fakten übrig, die sie genannt habe, so Frau Dr. Boland-Theißen. Zur Erläuterung stellt sie verschiedene in dem Bericht angeführte Aspekte richtig.

Frau Dirks erläutert, dass es Eltern gebe, die sich gegen die Gebührenerhöhungen stellten und eine höhere finanzielle Beteiligung der Kommunen an der Musikschule forderten. Darüber hinaus werde die Einstellung von mehr Lehrern und die Erhöhung des Einzelunterrichts gefordert. Zudem falle es einigen Mitarbeitern offensichtlich schwer, die Veränderungen mitzutragen. Verständnis habe sie hierfür nicht, da es mit viel Mühe gelungen sei, die Finanzlage in den Griff zu bekommen. Auch habe man sich viel Zeit genommen, um mit den Beteiligten zu sprechen.

Frau Köhler berichtet, dass sie an der jüngsten Zweckverbandsversammlung teilgenommen habe. Sie habe sich über die Berichterstattung sehr gewundert, denn diese entsprach nicht dem Verlauf der Sitzung. Der Artikel sei reduziert auf die negativen Redebeiträge.

Frau Dr. Boland-Theißen versichert, dass ihr sehr an Kommunikation liege und sie nicht aufgeben werde.

Abschließend bedankt sich Frau Köhler bei Frau Dr. Boland-Theißen für die gute geleistete Arbeit der Musikschule und bittet sie, diesen Dank auch an Herrn Mertens weiterzugeben.

## 2. Errichtung einer Freilauffläche für Hunde (Hundewiese)

Herr Messing teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass es wünschenswert wäre, wenn sich die interessierten Hundebesitzer in einem Verein oder einer Initiativgruppe zusammenschließen würden. Es werde ein verlässlicher Ansprechpartner benötigt. Für die Einzäunung der Hundewiese stünden im Haushaltsplan der Stadt Billerbeck keine Mittel zur Verfügung, die Stadt würde dem Verein oder der Initiativgruppe aber unterstützend zur Seite stehen.

Frau Bosse macht deutlich, dass es noch viele offene Fragen gebe, wie z. B. zur Finanzierung des Zauns oder ob die Hundebesitzer überhaupt zur Gründung eines Vereins oder einer Initiativgruppe bereit sind.

Frau Dirks berichtet, dass in allerersten Gesprächen von den Hundebesitzern signalisiert worden sei, dass sie sich um Spenden sowie den Zaun kümmern und auch die Verantwortung für die Fläche übernehmen wollen.

Herr Holtkamp findet die Auswahl des Platzes richtig gut. Es wäre schön, wenn sich die Nutzer mit eigenem Aufwand um die Fläche kümmern würden.

Die Fläche sei genial, um als Hundewiese genutzt zu werden, so Frau Branse. Allerdings sollte in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden, dass die mit dem Verein oder der Initiativgruppe zu erarbeitende Vereinbarung dem Ausschuss vorzulegen ist. Es gebe nämlich auch Bürger, die einer Hundewiese kritisch gegenüberstünden und sie wolle diese Bürger informieren können was dort passiere.

Herr Holtkamp hält eine nochmalige Beratung über die zu schließende Vereinbarung nicht für erforderlich.

An dieser Stelle wird Frau Musiol als Hundebesitzerin Rederecht erteilt. Sie gibt zu bedenken, dass die Fläche größtenteils aus Brennnesseln und Disteln bestehe, da die Fläche seit 3 Jahren nicht mehr gemäht wurde. Es müsse also noch eine Menge getan werden, um die Fläche für Hunde bespielbar zu machen. Zudem weise sie auf die Hasenpopulation hin.

Herr Messing betont, dass es nicht Intention sei, dort eine gepflegte Rasenfläche zu schaffen. Bei der Vorbereitung der Fläche könne die Stadt aber sicherlich unterstützend tätig werden.

Herr Lennertz begrüßt die Errichtung einer Hundewiese ausdrücklich. Auf seine Nachfrage erläutert Herr Messing, dass seitens der Stadt für die Fläche keine Pacht verlangt würde und selbstverständlich eine Absprache mit dem Sportverein erfolgt sei.

Herr Dr. Sommer steht dem Vorhaben positiv gegenüber. Nach seiner Auffassung müsse der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht wie von Frau Branse vorgeschlagen, ergänzt werden. Er vertraue darauf, dass die Verwaltung eine Vereinbarung mit entsprechenden Verbindlichkeiten

formuliere. Wenn es nicht funktionieren sollte, könne man immer noch nein sagen.

Frau Köhler erwartet, dass die Fläche so übergeben wird, dass sie auch als Hundewiese genutzt werden kann. Außerdem sei ihr die Nachhaltigkeit wichtig. Das Regelwerk sollte von einem Verein oder einer Institution zusammen mit der Verwaltung entwickelt werden.

Frau Beil schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor. Die Verwaltung sollte die Fläche nicht nur zur Verfügung stellen, sondern auch einrichten, so dass die Fläche begehbar ist und von den Hundebesitzern übernommen und gepflegt werden kann. Voraussetzung sollte die Bildung einer Interessensgruppe sein. Außerdem sollte die Stadt über Sponsoring den Zaun errichten. Über den Fortlauf der Dinge soll dem Ausschuss berichtet werden.

Frau Dirks und Herr Messing sagen zu, den Hundebesitzern zu helfen und die Fläche vorzubereiten, indem sie gemäht wird. Alles Weitere müsste aber von der sich noch zu bildenden Interessensgruppe oder einem Verein ausgehen.

Nachdem Herrn Ibsch Rederecht erteilt wird, bedankt sich dieser bei allen, die an der Vorbereitung zur Einrichtung einer Hundewiese beteiligt waren. Natürlich müsse auf der Wiese einiges gemacht werden und es werde auch eine Initiativgruppe geben müssen. Ihnen sei bekannt, dass Geld aufgebracht werden müsse. Die Vorgespräche mit Herrn Messing und Frau Niemann seien sehr förderlich gewesen. Er persönlich würde sich freuen, wenn sie auf die materielle Unterstützung des Bauhofes zurückgreifen könnten. Er wolle aber noch einmal klarstellen, dass sie bislang noch nichts unternommen hätten, weil sie zunächst das Einverständnis des Ausschusses abwarten wollten.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt im Bereich des Sportzentrums Helker Berg, oberhalb des Rasenplatzes, eine Fläche zur Verfügung zu stellen, die von den an einer Hundewiese interessierten Bürgern, als Freilauffläche für Hunde eingerichtet werden kann. Die Rahmenbedingungen zur Nutzung der Fläche werden in einer Vereinbarung mit einer noch zu bildenden Initiativgruppe geregelt. In einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses ist über den Fortgang der Sache zu berichten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Antrag der SPD Fraktion vom 28.11.2019  
hier: Schaffung einer Stelle eines Inklusionsbeauftragten bei der Stadt Billerbeck**

Frau Köhler begründet den Fraktionsantrag. Überrascht sei sie über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, da dieser nicht mit dem Fraktionsan-

trag zusammenkomme.

Frau Dirks erläutert, dass recherchiert worden sei, wie andere Gemeinden mit dem Thema umgingen. Der SPD-Antrag beinhalte ja die Stelle eines Inklusionsbeauftragten mit einem Arbeitszeitanteil von 30% zu besetzen. Dieser hätte dann die Funktion innerhalb der Fachbereiche zu beraten und bei allen Beschlüssen dabei zu sein sowie Netzwerkarbeit zu betreiben. In den meisten anderen Gemeinden werde diese Tätigkeit eher von Ehrenamtlichen geleistet. Ascheberg habe jetzt zum ersten Mal einen Hauptamtlichen mit einem Arbeitszeitanteil von 20% für diese Aufgabe eingesetzt. Vorab sei in Ascheberg ein workshop durchgeführt worden, deshalb werde die gleiche Vorgehensweise auch hier vorgeschlagen.

Herr Lennertz befürwortet den Vorschlag der Verwaltung; mit welchem Zeitanteil ein Inklusionsbeauftragter schließlich tätig werde, müsse man sehen.

Frau Branse macht deutlich, dass die Berücksichtigung von Belangen der Menschen mit Behinderungen kein Neben- oder Zufallsprodukt für die bei der Stadt Billerbeck Beschäftigten sein dürfe. Hierfür müsse die Stelle eines Inklusionsbeauftragten geschaffen werden.

Frau Dirks weist diesen Vorwurf „Zufallsprodukt“ entschieden zurück. Die Stadt Billerbeck habe zum Thema Barrierefreiheit bereits sehr viel gemacht und sei in einigen Bereichen auch Vorreiter gewesen. Es stelle sich nicht die Frage, ob ein Inklusionsbeauftragter gewollt sei, sondern ob dessen Tätigkeit wie bislang in der gesamten Verwaltung als Querschnittsaufgabe von allen Fachbereichen bearbeitet werden soll oder dieser wie von der SPD-Fraktion beantragt tätig werden soll. Um einschätzen zu können, ob dies der richtige Weg ist, werde vorgeschlagen, die LAG Selbsthilfe e. V. ins Boot zu holen.

Herr Holtkamp hält die von der Verwaltung vorgeschlagene Strategie für gut.

Frau Mollenhauer ergänzt, dass man erst mal sehen müsse, welcher Bedarf vorhanden ist.

Herr Dr. Sommer signalisiert ebenfalls grundsätzliche Zustimmung zu der vorgeschlagenen Vorgehensweise.

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Unterstützung der LAG Selbsthilfe e.V. einen Workshop, wie im Projekt „Mehr Partizipation wagen!“ beschrieben ist, durchzuführen und die Ergebnisse in diesem Ausschuss vorzustellen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**4. Zwischenbericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2019/2020**

Frau Dirks kündigt an, dass über die Errichtung einer Kindertagesstätte im neuen Baugebiet Buschenkamp in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses vorgetragen werde. Vorgeschlagen werde, einen Investor zu beteiligen.

Aber auch die zusätzlichen Plätze im Buschenkamp würden künftig nicht ausreichen, so dass noch eine weitere Einrichtung gebaut werden müsse.

Unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage erläutert Herr Struffert die aktuelle Kindergartenbedarfsplanung und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

**5. Mitteilungen**

Keine

**6. Anfragen**

**6.1. Evaluation zur Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr - Frau Bosse**

Frau Dirks teilt auf Nachfrage von Frau Bosse mit, dass die Evaluation zur Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr Thema in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses sein wird.

Sarah Bosse  
Ausschussvorsitzende

Margarete Köhler  
stellv. Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann  
Schriftführerin